

Überraschend wenig Zwangsumzüge

Wer Hartz IV bekommt und in einer zu teuren Wohnung lebt, muss mit einem Zwangsumzug rechnen. In Berlin hatten Überprüfungen ergeben: 11.400 Hartz-IV-Empfänger wohnen über ihre Verhältnisse. Trotzdem mussten nur 680 Menschen aus ihrer zu teuren Wohnung ausziehen. Das aber soll sich ändern.

Im vergangenen Jahr mussten 680 Hartz-IV-Empfänger in Berlin umziehen, weil sie in zu teuren Wohnungen lebten. Das geht aus der Antwort einer Kleinen parlamentarischen Anfrage der Grünen-Abgeordneten Ramona Pop hervor. Die meisten Umzüge fanden in Tempelhof-Schöneberg statt (175), gefolgt von Reinickendorf (121) und Neukölln (119). Die wenigsten Wohnungswechsel fanden in Marzahn-Hellersdorf (5) und Treptow-Köpenick (6) statt.

Damit blieb die befürchtete Umzugskarawane von Hartz-IV-Empfängern bislang aus. In den meisten Fällen konnten die Mieten auf anderem Weg gesenkt werden, oder die zuständigen Jobcenter wandten die Härtefallregelungen an und ließen die Mieter in ihren Wohnungen. Insgesamt stellten die Behörden bei 11.400 Bedarfsgemeinschaften überhöhte Mieten fest. 8700 Hartz-IV-Empfänger wurden zur Kostensenkung aufgefordert, in knapp 6000 Fällen konnte eine Kostensenkung erreicht werden, heißt es in der Antwort weiter. Die Vermieter ließen also mit sich reden und senkten die Mieten. Ihnen waren belegte Wohnungen lieber als leerstehende.

Nicht so dramatisch wie befürchtet

"Es ist nicht so dramatisch wie befürchtet", sagt die Arbeitsmarktexpertin Pop, warnt aber vor einer drohenden Umzugswelle in kommenden Jahren. "Die Anstiegsquoten bei den Mieten sind dramatisch, es rollt ein Problem auf uns zu." Nach Angaben der Arbeitsverwaltung sind die Mieten von Hartz-IV-Empfängern zwischen 2005 und 2007 um mehr als zehn Prozent gestiegen. Sollte das in den kommenden Jahren wegen steigender Energiekosten weiter der Fall sein, drohen sehr viel mehr Hartz-IV-Empfänger die Mietobergrenzen zu überschreiten. Im vergangenen Jahr gab das Land durchschnittlich 346 Euro Miete für Hartz-IV-Empfänger aus. Für einen Ein-Personen-Haushalt sieht das Sozialgesetzbuch II einen Höchstsatz von 360 Euro vor, bevor die Mieter zur Kostensenkung aufgefordert werden.

Die Grünen sehen nun die städtischen Wohngesellschaften in der Pflicht, ihre Bestände energetisch zu sanieren, um einen weiteren Mietanstieg durch steigende Öl-, Gas- und Strompreise zu vermeiden. "Es sind die Energiekosten, die bei den Mietsteigerungen durchschlagen", sagt Pop. "Wo der Staat Eigentümer ist, sollte das Land eingreifen."

Sanierung senkt die Nebenkosten

Berlin liegt bei den Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger nach Angaben der Sozialverwaltung bundesweit auf Rang vier, hinter Nordrhein-Westfalen (357 Euro), dem Saarland (348) und Hessen (346,16). Am geringsten sind die Kosten für die Unterkunft in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 320 Euro), Thüringen und Brandenburg (jeweils 322 Euro).

Seit Längerem warnen Sozialexperten vor einem unnötig starken Anstieg der Mietnebenkosten wegen steigender Energiekosten. Den Hintergrund dafür bildet das sogenannte Mieter-Vermieter-Dilemma. Während Vermieter in der Regel kein Interesse an einer teuren Sanierung ihrer Häuser haben, weil sie die Nebenkosten auf die Mieter umlegen können, sind Mieter an einer energetischen Sanierung interessiert, da sie die Energiekosten zu tragen haben. Die Grünen fordern deswegen die Regierungskoalition auf, die städtischen Wohnungen zu sanieren, um das Dilemma zu lösen.

In Berlin leben derzeit 346.000 Bedarfsgemeinschaften und 615.000 Personen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (unter anderem Hartz IV). Während die Zahl der Bedarfs-

gemeinschaften sank, stieg die Zahl der Personen, die Hilfen zum Lebensunterhalt benötigen.

Vier Milliarden Sozialausgaben

Allein für die Unterkunft muss das Land Berlin jährlich dafür 1,4 Milliarden Euro aufbringen. 400 Millionen Euro davon übernimmt der Bund. Mit insgesamt rund vier Milliarden Euro sind die Sozialausgaben in Berlin der größte Kostenfaktor des Haushalts. Danach folgen die Bildungsausgaben (zwei Milliarden Euro).

Berliner Morgenpost vom 4. März 2008